

Plenarsitzung am 01.02.06

Mündliche Anfrage des Abgeordneten Hans Joachim Werner (SPD):

Ich frage die Bayerische Staatsregierung:

Wie viele Haushalte wurden in Bayern nach den Hochwasserereignissen in den 1990er Jahren zu welchen Kosten von ihren im Überschwemmungsgebiet liegenden Grundstücken abgesiedelt und für welche Haushalte (aufgeschlüsselt nach Orten) schlagen die Behörden nach den aktuellen Hochwasserereignissen eine Absiedelung vor?

Antwort von Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard:

Seit dem 01.01.1990 bis heute wurden insgesamt 36 Haushalte mit Kosten von insgesamt 3,934 Mio. € aus Hochwasserschutzgründen abgesiedelt. Schwerpunkte waren dabei Absiedlungen in den Gemeinden Neuhaus am Inn und Tittmoning an der Salzach.

Entsprechend dem Landtagsbeschluss vom 09.07.2003 (Drs. 14/13256) wird auch aktuell in mehreren Fällen geprüft, ob eine Absiedlung auf freiwilliger Basis eine tragfähige Alternative zu einem technischen Hochwasserschutz sein kann.

Konkret werden derzeit in folgenden Fällen Absiedlungen erwogen:

- Markt Burgheim, Ortsteil Moos: ca. 41 Haushalte
  - Markt Rennertshofen, Ortsteile Stepperg/Hatzenhofen: ca. 35 - 40 Haushalte
  - Stadt Kelheim, Ortsteil Staubing: ca. 15 Haushalte
  - Stadt Kelheim, Ortsteil Stausacker: ca. 10 Haushalte
  - Stadt Kelheim, Ortsteil Weltenburg: ca. 2 Haushalte
  - Gemeinde Neuhaus/Inn ca. 3 Haushalte
- (Abschluss der seit 1975 laufenden Absiedelung)